

Mit den "WIDE-Updates" bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu "Gender & Development" – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 3/2025

Gaza: Frauen*rechte / Menschenrechte unter Beschuss

Inhalt

•	Erosion des internationalen Rechts	2
•	Sexuelle und genderbasierte Gewalt	4
•	Hunger und Zerstörung von (Frauen-) Gesundheitseinrichtungen	6
•	Proteste gegen den Krieg in Israel und Palästina	9
•	Österreich: Politische Positionierung und Entwicklungszusammenarbeit	10
•	Ausblick – Visionen für eine gemeinsame Zukunft	14
_	Glossar/Abkürzungsvorzoichnis	16

Einleitung

In diesem Update werden internationale Berichte – vor allem von UN-Organisationen und Menschenrechtsorganisationen – zum Krieg Israels gegen Gaza (Palästina) aus Frauen*- und Menschenrechtsperspektive vorgestellt. Damit wollen wir nicht zuletzt unsere Solidarität mit der betroffenen Zivilgesellschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten (Westbank, Ostjerusalem und Gaza) und in Israel zeigen.

Wir können den jahrzehntelangen Konflikt nicht in seiner Komplexität nachzeichnen, aber wir versuchen, einen differenzierten Blick auf die aktuelle Situation zu werfen. Es kommen vor allem Menschen bzw. Organisationen zu Wort, die aufzeigen, welche Auswirkungen dieser Krieg auf Frauen*- und Menschenrechte in Palästina hat und was es für einen gerechte Frieden bräuchte.

Während es in vielen Ländern eine breit getragene Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser*innen um ihre Rechte gibt, sieht die Debatte in Österreich und Deutschland (und in den USA) anders aus. Kritik an der israelischen Politik wird immer wieder als Antisemitismus gebrandmarkt.

WIDE lehnt die Ziele und terroristischen Methoden extremistischer Organisationen wie der Hamas selbstverständlich ab. Das von der Hamas am 7. Oktober 2023 begangene abscheuliche Massaker mit Vergewaltigungen, Plünderungen und Entführungen von Israel*innen und Menschen anderer Nationalität wird aufs Schärfste verurteilt.

Antisemitismus, sei es in Form von Angriffen auf Jüd*innen, egal wo auf der Welt, oder Hetze auf Social Media, ist durch nichts zu rechtfertigen und wird von WIDE ebenso wie Islamfeindlichkeit und alle Formen von Rassismus zutiefst abgelehnt und verurteilt.

Für den Holocaust- und Genozidforscher Raz Segal handelt beim pauschalen Antisemitismus-Vorwurf "um eine grobe und grausame Verzerrung: Der historische Kampf eines vulnerablen Volkes, der Juden, die von mächtigen Staaten angegriffen wurden, wird missbraucht, um den Angriff eines Staates, Israels, auf ein vulnerables Volk, die Palästinenser, zu verschleiern".

Kritik an der israelischen Politik unter Premierminister Netanyahu, dem faktischen Apartheid-System, unter dem Palästinenser*innen leben, und dem Krieg Israels im Gazastreifen mit den desaströsen Folgen für die Bevölkerung muss geübt werden – und Worten müssen Taten folgen!

Es geht um Kriegsverbrechen, Missachtung des Völkerrechts und Verletzung der

universellen Menschenrechte, die für alle gelten. Ein friedliches Zusammenleben braucht politische Lösungen und ein Ende von Krieg, Apartheid und Gewalt!

In den letzten Tagen gibt es Hoffnung auf einen Friedensprozess, beginnend mit einem Waffenstillstand, Freilassung der Geiseln und dem Zulassen humanitärer Hilfe, gefolgt von einer internationalen Übergangsverwaltung von Gaza entlang einem "20-Punkte-Plan".

Ziel muss dabei allerdings die Umsetzung einer Zweistaatenlösung für Israel und Palästina sein, basierend auf bestehenden UN-Resolutionen, dem Oslo-Friedensprozess sowie den bisherigen zahlreichen Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Es braucht ein aktives, am internationalen Recht orientiertes politisches Handeln seitens der internationalen Gemeinschaft, damit es zu einer dauerhaften, selbstbestimmten, demokratischen Lösung und zu einem würdevollen und sicheren Leben für alle in Israel und Palästina lebenden Menschen kommen kann. Frauenrechte gehören unabdingbar zu einer friedlichen Zukunft.

Amnesty International (2024): <u>'You feel like you are a subhuman'. Israel's genocide against Palestinians in</u> Gaza

Der Standard (1.9.2025): <u>Genozidforscher sehen</u> <u>Kriterien für Völkermord durch Israel in Gaza erfüllt</u>

Segal, Raz (31.3.2022): <u>Israeli Apartheid and Its</u>
<u>Apologists</u>

Solidarwerkstatt (o.D.): "Nie wieder" bedeutet nie wieder für Alle (Rede von Dalia Sarig-Fellner am 3.2.2024 in Graz)

UN (1.7.2024) Anatomy of a genocide. Report of the

Special Rapporteur on the situation of human rights
in the Palestinian territories occupied since 1967,
Francesca Albanese

Erosion des internationalen Rechts

Aushöhlung humanitärer Grundprinzipien

Anfang September 2025 schrieb die AG Globale Verantwortung an ihre Mitgliedsorganisationen, dass die internationale Lage auf bedrückende Weise verdeutlicht, "wie tief die Erosion multilateraler Ordnungssysteme inzwischen

geht: In Gaza erleben wir, wie Hunger systematisch als Waffe eingesetzt wird, während sich humanitäre Hilfsorganisationen immer weiter zurückziehen müssen.

Die Invasion von Gaza-Stadt, die anhaltende Gewalt im Westjordanland oder auch der zweite Kriegsabschnitt im Sudan unterstreichen, dass wir es nicht nur mit militärischen Eskalationen, sondern mit der Aushöhlung humanitärer Grundprinzipien zu tun haben. Diplomatische Initiativen und Gipfeltreffen scheitern zunehmend an geopolitischen Blockaden.

Die Schutzmechanismen des internationalen Rechts verlieren ihre Wirkung – mit verheerenden Konsequenzen für die Betroffenen."

Die Politik Europas gegenüber Israel lässt diesen Trend weitergehen, obwohl viel Geld in Hilfsmaßnahmen investiert wurde und wird.

"Wenn die Aussicht auf Frieden verschwindet, wird Europa mit einer Realität permanenter Besatzung, ungleicher Rechte und Gewalt vor seiner Haustür konfrontiert sein, was auch im eigenen Raum Spannungen und Extremismus schürt", analysiert das Europe Middle East Project.

Am 21. November 2024 hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Premier Benjamin Netanyahu and seinen (vormaligen) Verteidigungsminister Yoav Gallant ausgestellt. Beiden wird vorgeworfen, im Zeitraum Oktober 2023 bis mindestens Mai 2024 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen zu haben bzw. dafür verantwortlich zu sein.

International wird diskutiert, ob inzwischen von einem Genozid an den Palästinenser*innen im Gazastreifen gesprochen werden kann.

Diese Ansicht wird von UN-Expert*innen wie der UN-Sonderbeauftragten für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, von der Internationalen Gesellschaft von Genozid-Forscher*innen in einer am 31. August 2025 verabschiedeten Resolution oder der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem (siehe nächster Beitrag) vertreten. Andere Expert*innen betonen, es falle in die Kompetenz des Internationalen Gerichtshofs, in dieser Frage letztlich ein Urteil zu fällen. (CT)

Diakonia Sweden / IHL Center. Experts on International Humanitarian Law: Israeli-Palestinian Conflict (18.9.2025): <u>Unheeded Ultimatum: Israel's Never-Ending Occupation and Defiance of International Law</u>

Europe Middle East Project (2025): https://eumep.org/ Konečný, Martin (10.3.2025): How not to support the Gaza ceasefire

International Criminal Court (21.11.2024): Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel's challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant

Mačák, Kubo (4.8.2025): Humanitarian duties of Occupying Powers under international law

B'Tselem Report: "Unser Völkermord"

Die seit 35 Jahren arbeitende israelische Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* hat im Juli 2025 einen Report, betitelt mit "Our Genocide", herausgegeben.

Auf der Basis von (erschütternden) Augenzeugenberichten und Daten aus zuverlässigen Quellen kommt *B'Tselem* zum Schluss, dass es sich beim Angriff Israels auf Gaza um Völkermord handle.

Seit Oktober 2023 habe Israel seine Politik gegenüber den Palästinser*innen grundlegend geändert. In Folge des terroristischen Überfalls der Hamas am 7. Oktober 2023 wurde eine intensive Militärkampagne im Gaza-Streifen geführt, die bis jetzt anhält und im Zuge derer es zu unzähligen Tötungen gekommen ist, in direkten Aktionen sowie indirekt aufgrund der Zerstörung von Infrastruktur und katastrophaler Lebensbedingungen.

Es kam zu massenhaften Festnahmen, Gewalt und Folter gegen Gefangene in israelischen Gefängnissen und Militärlagern; tausende Palästinenser*innen werden ohne Verfahren festgehalten. Flüchtlingslager wurden zerstört, die wichtige Arbeit des 1949 gegründeten UN-Flüchtlingshilfswerks UNRWA diskreditiert, behindert und Anfang 2025 auf israelischem Territorium verboten.

Der Einsatz von Hunger als Waffe wird seit Jänner 2024 von UN-Expert*innen konstatiert. Unabhängigen Medien ist der Zugang nach Gaza verwehrt; viele lokale Journalist*innen wurden – teilweise gezielt – getötet.

B'Tselem schreibt, dass Völkermord (Genozid) immer in einem Kontext geschieht: Es gibt Bedingungen, die ihn ermöglichen; es braucht

"triggering events" und eine leitende Ideologie.

Der aktuelle Angriff auf das palästinensische Volk müsse im Kontext der mehr als 70 Jahre, in denen Israel den Palästinenser*innen ein gewaltsames und diskriminierendes Regime auferlegt hat, gesehen werden. Seit der Gründung des Staates Israels sei ein Apartheid- und Besatzungsregime institutionalisiert worden, das Mechanismen der gewaltsamen Kontrolle, der Bevölkerungskontrolle (,demographic engineering'), Diskriminierung und Fragmentierung des palästinensischen Kollektivs umfassen.

Es sei diese Ausgangslage gewesen, die es ermöglicht hat, dass Israel unmittelbar nach dem von der Hamas geführten Angriff am 7. Oktober 2023 einen genozidalen Angriff auf die palästinensische Bevölkerung durchführen konnte.

Im Report von *B'Tselem* wird auf drei dieser Grundlagen besonders eingegangen:

- das Leben unter einem Apartheid-Regime, welches Trennung, Bevölkerungskontrolle und ethnische Säuberung umfasst;
- der systematische und institutionalisierte Einsatz von Gewalt gegen Palästinenser*innen, während die Angreifer*innen de facto Straffreiheit genießen;
- und institutionalisierte Mechanismen der De-Humanisierung und des 'Framings' von Palästinenser*innen als existenzielle Bedrohung (Verhetzung).

Solche Bedingungen können über lange Zeit bestehen, ohne dass ein Genozid daraus resultieren muss. Jedoch kann ein gewaltsamer Vorfall, der ein Gefühl existenzieller Bedrohung unter der dominanten Bevölkerung auslöst, ein Trigger-Moment für das 'System an der Macht' sein, um einen Völkermord zu begehen. Der (terroristische) Angriff bewaffneter palästinensischer Gruppen unter Hamas-Führung am 7. Oktober 2023 war ein Katalysator dieser Art.

Die grausame Attacke, die vor allem gegen Zivilist*innen gerichtet war, umfasst mehrere Kriegsverbrechen und mutmaßlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, hält *B'Tselem* fest.

Es kam zu schlimmster Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt. Zehntausende Menschen wurden verletzt. 1.218 Israelis und ausländische Staatsbürger*innen, 882 davon

Zivilist*innen, wurden getötet. 252 Menschen wurden in den Gaza-Streifen verschleppt, die meisten Zivilist*innen, darunter Frauen, ältere Menschen und Kinder. Das jüngste entführte Kind war ein neun Monate altes Baby, das zusammen mit seinem dreijährigen Bruder und seiner Mutter nach der Verschleppung nach Gaza getötet wurde. [Anmerkung: Bis jetzt werden Geiseln unter entsetzlichsten Bedingungen gefangen gehalten.]

Unter der israelischen Bevölkerung hat das Ausmaß und die Brutalität dieser Attacke zu Angst und einem Gefühl existenzieller Bedrohung geführt, was sich in einer Veränderung der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser*innen im GazaStreifen niederschlug: von Repression und Kontrolle zu Zerstörung und Vernichtung.

In Zahlen ist dokumentiert: Mindestens 138.520 wurden seit Oktober 2023 durch den Krieg in Gaza verletzt und rund 58.000 Menschen getötet (beides sind Angaben der Palästinensischen Gesundheitsbehörde von Mitte Juli 2025). Circa 92% der Wohnhäuser und 69% aller Strukturen in Gaza wurden zerstört oder schwer beschädigt. Gaza wurde weitgehend von der Stromversorgung abgeschnitten, von der Wasserversorgung. von humanitärer Hilfe. Spitäler und andere Infrastruktur sowie lokale Lebensgrundlagen wurden zerstört. Durch die erzwungenen Vertreibungen (in Zeltlager, die teilweise auch wieder bombardiert oder mit Panzern angegriffen wurden) wurden Familien auseinandergerissen, der soziale Zusammenhalt geschwächt. Für rund 658.000 Kinder in Gaza gibt es seit Monaten keine Schule mehr. Viele sind schwer traumatisiert.

Parallel zum israelischen Angriff auf Gaza kam es zu verstärkter Gewalt gegen Palästinenser*innen in der Westbank, Ost-Jerusalem und innerhalb Israels. Häuser werden unter dem Vorwand, sie seien illegale Bauten, zerstört; palästinensische Bäuer*innen von ihrer Landwirtschaft vertrieben. Siedler-Milizen wurden aufgebaut. Auch in der Westbank werden (massiv verstärkt seit 2023) tödliche Angriffe auf Palästinenser*innen verübt, ohne dass die Täter*innen zur Verantwortung gezogen würden. Durch die Straflosigkeit wird die Gewalt ,normalisiert'. Vor diesem Hintergrund warnt B'Tselem, dass der Genozid nicht auf den Gaza-Streifen beschränkt bleiben könnte.

B'Tselem kritisiert, dass viele Regierungschefs/-chefinnen – vor allem europäischer Länder und der USA – keine effektiven Schritte gesetzt haben, um die Vernichtung und Gewalt zu stoppen, sondern vielmehr ermöglicht haben, dass diese fortgesetzt wird, sei es durch unterstützende Statements zu Israels (längst überschrittenem) Recht auf Selbstverteidigung oder aktiv durch Waffenlieferungen.

Bei B'Tselem arbeiten jüdische Israelis und Palästinenser*innen aus allen Gebieten zusammen, getragen von der Haltung, dass die Verteidigung von Menschenrechten eine gemeinsame menschliche und moralische Verpflichtung ist. (CT)

B'TSELEM (Juli 2025): Our Genocide

Sexuelle und genderbasierte Gewalt

Triggerwarnung: Die hier vorgestellten Berichte beinhalten explizite Beschreibungen von sexueller und genderbasierter Gewalt sowie anderen Gewaltformen.

Terroristischer Überfall der Hamas auf Israel

UN WOMEN wurde und wird dafür kritisiert, erst sehr spät Stellung bezogen zu haben zu den terroristischen Angriffen der Hamas vom 7. Oktober 2023 und den dabei verübten grausamen Verbrechen, einschließlich der Ermordung von Kindern, sexueller Gewalt, Folter und Verschleppung von Menschen aller Altersgruppen. Erst am 1. Dezember 2023 erschien eine eindeutige Stellungnahme.

Die UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, kam nach einer Mission in Israel im Januar und Februar 2024 zu dem Schluss, dass am 7. Oktober 2023 an mehreren Orten konfliktbezogene sexuelle Gewalt an Israel*innen verübt worden ist, darunter Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen. Sie fand glaubwürdige Indizien, die auf bestimmte Formen sexueller Gewalt hindeuten, darunter Genitalverstümmelung, sexualisierte Folter oder grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung.

Auch eine seit 2021 bestehende UN-Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel hat den am 7. Oktober von der Hamas und anderen palästinensischen bewaffneten Gruppen und Einzelpersonen verübten Terroranschlag auf Israel untersucht und die begangenen Menschenrechtsverbrechen in einem detaillierten und umfassenden Bericht (2024) festgehalten.

Ein eigenes Kapitel darin ist genderbasierter Gewalt gewidmet. Die Kommission konnte Beweise für vor allem an Frauen und Mädchen verübte sexuelle Gewalt an mehreren Orten im Süden Israels dokumentieren, wozu Zeug*innenaussagen und Bilder von Leichen der Opfer, die Anzeichen für verübte sexuelle Gewalt aufweisen, gehören. Trotz der fehlenden Kooperation seitens Israels, eingeschränkter Beweislage und Limitierungen bei der unabhängigen Überprüfung von Berichten über sexuelle und genderbasierte Gewalt konnten Fälle sexueller und genderbasierter Gewalt festgestellt sowie ein Muster sexueller Gewalt erkannt werden, das durch digitale Beweise bestätigt wurde. (AK)

UN Human Rights Council (10.6.2024): (Fifty-sixth session) <u>Detailed findings on attacks carried out on</u> and after 7 October 2023 in Israel*

The Dinah Project. October 7. Sexual Violence (o.J.):

Recognition and justice for victims of sexual violence in conflict

UN Office of the Special Representative of the Secretary-General on Sexual Violence in Conflict (4.3.2024): Mission report. Official visit of the Office of the SRSG-SVC to Israel and the occupied West Bank, 9 January – 14 February 2024

Lipstadt, Deborah u.a. (11.1.2024): <u>Israeli women and</u> girls have suffered horrific sexual violence from <u>Hamas. Where is the outrage?</u>

UN WOMEN (1.12.2023): <u>UN Women statement on the</u> <u>situation in Israel and Gaza</u>

Sexuelle und gender-basierte Gewalt in Palästina

In Gaza stellen die Vereinten Nationen (UN) seit dem 7. Oktober 2023 eine drastische Zunahme an verschiedenen Formen genderbasierter Gewalt (GBV) in Gaza fest.

Da nur ein Bruchteil der GBV-Fälle tatsächlich gemeldet wird bzw. die UN viele Berichte nicht unabhängig überprüfen können, ist von einer weitaus höheren Dunkelziffer auszugehen. Die von Überlebenden gemeldete genderbasierte Gewalt zeigt UNFPA (United Nations Population Fund) zufolge eine starke Zunahme an Gewalt innerhalb von Paarbeziehungen, allen voran in Form von psychologischem und emotionalen Missbrauch.

Auch verzeichnet die UNFPA eine Zunahme an konfliktbezogener sexueller Gewalt in Sammelunterkünften und Flüchtlingslagern, wo Überbelegung, fehlende und unsichere Sanitäreinrichtungen und mangelnde Privatsphäre die Risiken für Übergriffe insbesondere für Frauen und Mädchen erhöhen. Frauen und Mädchen in Gaza – insbesondere diejenigen mit Behinderungen, die vertrieben wurden, verwitwet sind, alleine leben oder alleine einen Haushalt führen – sind am stärksten von genderbasierter Gewalt betroffen.

Frauen sind aufgrund ihrer gesellschaftlichen Rolle als Hauptversorgerinnen und Betreuungspersonen innerhalb ihrer Familien auch einem erhöhten Risiko für sexuelle Ausbeutung und sexuelle Gewalt (,Sexual Exploitation and Abuse') ausgesetzt.

Das Zusammenbrechen von familiären und Community-Strukturen, wirtschaftliche Not sowie Wasser- und Nahrungsmittelknappheit führen zu einer Zunahme von sexueller Ausbeutung, Zwangs- und Kinderheirat und erzwungener Sexualität. Die UNFPA hat darüber hinaus eine Zunahme an suizidalen Gedanken bei den Überlebenden dokumentiert.

Auch Männer und Jungen sind von genderbasierter Gewalt betroffen, vor allem in Zuge von Inhaftierungen und kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Zahl der gemeldeten Gewalttaten liegt vermutlich stark unter den tatsächlichen Fällen. Obwohl der achtseitige UNFPA-Bericht "Gender-based violence Snapshot: Gaza" bereits einige Monate alt ist, trägt er zu einem umfassenden Verständnis von GBV bei, indem er die wichtigsten Faktoren auflistet, die zu einer Zunahme von GBV führen und die wesentlichen Auswirkungen von GBV auf verschiedenen persönlichen und gesellschaftlichen Ebenen knapp zusammengefasst aufzeigt.

Der beim UN-Menschenrechtsrat im März 2025 eingereichte und weitaus detailliertere Bericht der "Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich

Ostjerusalem und Israel" dokumentiert den Einsatz von sexueller, reproduktiver und anderer genderbasierter Gewalt durch die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) und als Mittel der israelischen Kriegsführung in Gaza seit dem 7. Oktober 2023.

Darin stellt die Kommission eine unverhältnismäßige Gewaltausübung gegen Frauen und Kinder fest. Diese manifestiert sich in der hohen Anzahl an Frauen, Kindern und älteren Personen unter den Opfern und ist die Folge von Israels Kriegsführung, die eine gezielte Bombardierung von Wohngebäuden sowie den Einsatz schwerer Sprengstoffe in dicht besiedelten Gebieten umfasst.

Die häufigen Vertreibungen sowie die dokumentierte gezielte Ermordung von Frauen und Mädchen durch die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte tragen zudem zu den hohen Opferzahlen bei.

Besonders betroffen von genderbasierter Gewalt sind dem Bericht zufolge Frauen und Mädchen im reproduktiven Alter, schwangere Frauen und Frauen während und nach der Geburt sowie deren Kinder.

Aufgrund ihrer Beweisführung und dokumentierter zahlreicher Vorfälle stellt die Kommission weiters fest, dass seit dem 7. Oktober 2023 ein starker Anstieg sexueller und genderbasierter Verbrechen gegen Palästinenser*innen durch Mitglieder der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) zu verzeichnen ist, die darauf abzielen, die palästinensische Gemeinschaft kollektiv für den Terroranschlag zu bestrafen.

Dabei stellt die Kommission eine zunehmende Tendenz fest, dass diese sexuellen Gewalttaten von IDF-Mitgliedern fotografiert oder gefilmt und im Internet verbreitet werden.

Zu den dokumentierten Übergriffen gehören die erzwungene Abnahme des Kopftuchs bei Frauen und Mädchen, erzwungenes öffentliches Entkleiden und Nacktheit, sexuelle Belästigung sowie sexualisierte Folter, die Ausübung verbaler und körperlicher sexueller Gewalt sowie Vergewaltigungsdrohungen.

Diese Gewalt wurde während Evakuierungen, vor oder während Festnahmen, in Wohnhäusern von Zivilist*innen, Gesundheitseinrichtungen und Notunterkünften sowie in Haftanstalten und bei Verhören durch IDF-

Mitglieder sowohl gegen Frauen und Mädchen als auch gegen Männer und Jungen verübt.

Die Kommission stellt außerdem eine starke Zunahme sexueller und genderbasierter Gewalt durch Siedler*innen vor Ort und online in den besetzten palästinensischen Gebieten fest (oft in Zusammenarbeit mit IDF-Mitgliedern), die dazu dienen, Palästinenser*innen zu demütigen, zu bestrafen und um sie zu zwingen, ihre Häuser und ihr Land zu verlassen.

Die Kommission stellt fest, dass "die Häufigkeit, Verbreitung und Schwere der sexuellen und genderbasierten Verbrechen, die im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet begangen werden, [...] die Kommission zu der Schlussfolgerung [veranlassen], dass sexuelle und genderbasierte Gewalt zunehmend als Kriegsmittel von Israel eingesetzt wird, um das palästinensische Volk zu destabilisieren, zu unterwerfen, zu unterdrücken und zu vernichten." (AK)

UNFPA: GENDER-BASED VIOLENCE (GBV) SNAPSHOT:
GAZA. December 2024 - March 2025

UN Human Rights Council (13.3.2025): (Fifty-eighth session) "More than a human can bear": Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023. Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel

UN (13.3.2025): Press release

Hunger und Zerstörung der (Frauen-) Gesundheitsversorgung

Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen für Frauen und Mädchen in Palästina

Die dokumentierte systematische Zerstörung von Einrichtungen für sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung, darunter Entbindungskliniken und Entbindungsstationen von Krankenhäusern sowie die wichtigste Klinik für künstliche Befruchtung in Gaza, hat 540.000 Frauen und Mädchen im reproduktiven Alter den Zugang zu notwendigen Gesundheitsdienstleistungen verunmöglicht.

Die (kriegsbedingte sowie gezielte) Tötung und Entführung von medizinischem Personal machen die Ausübung von medizinischen Berufen zu einer tödlichen Gefahr. Laut der palästinensischen Healthcare Workers Watch wurden bis September 2025 insgesamt 1.200 palästinensische Angehörige des Gesundheitssystems getötet und 384 festgenommen, vier starben in israelischer Haft, 24 gelten als vermisst.

Die Zerstörung der medizinischen Einrichtungen, die Tötung und somit das Fehlen von medizinischen Personal, der Mangel an medizinischer Ausrüstung und Medikamenten (auch bedingt durch die Blockade von humanitärerer Hilfe) sowie die unhygienischen Verhältnisse u.a. aufgrund von Wassermangel haben (und führen) zum Tod von Frauen und Mädchen durch Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt, einer Zunahme von Kindersterblichkeit sowie unbehandelten und lebensbedrohlichen postnatalen gesundheitlichen Komplikationen geführt.

Viele Frauen und Mädchen sind gezwungen, ohne fachliche Begleitung und unter unhygienischen Bedingungen zu Hause und an Zufluchtsorten zu gebären, was die Mütterund Kindersterblichkeit weiter in die Höhe treibt.

Der Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser schadet zudem besonders schwangeren und stillenden Frauen sowie Kindern, die eine ausreichende und ausgewogene Ernährung für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung brauchen.

Darüber hinaus führen unzureichender und unsicherer Zugang zu Wasser und Hygieneeinrichtungen sowie der Mangel an Menstruationsprodukten zur Zunahme von Infektionskrankheiten und setzt Frauen und Mädchen den Gefahren sexueller Gewalt aus.

Die Unabhängige UN-Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten stellt fest, dass der Zusammenbruch der Gesundheitsinfrastruktur in Gaza für Frauen und Mädchen unmittelbaren körperlichen und seelischen Schaden und Leid zugefügt hat, was nicht nur irreversible langfristige Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Betroffenen, sondern auch auf die reproduktiven Möglichkeiten der Palästinenser*innen in Gaza haben wird.

Die systematische Zerstörung verletzt das Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung und trifft besonders vulnerable Gruppen wie schwangere Frauen mit Behinderungen, minderjährige Schwangere und Frauen mit chronischen Krankheiten. Die Verhinderung des Fortbestands eines Volkes durch die Zerstörung seiner reproduktiven Möglichkeiten ist ein wesentlicher Bestandteil eines Genozids.

Reem Alsalem, UN-Sonderbotschafterin zu Gewalt gegen Frauen zufolge sei es kein Kollateralschaden des Kriegs, was Frauen und Mädchen passiere, sondern die gezielte Zerstörung ihrer Leben und Körper, weil sie palästinensisch und Frauen seien. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem Femi-Genozid. (AK, KT)

UN Human Rights Council (13.3.2025): (Fifty-eighth session). "More than a human can bear": Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023. Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel

UN WOMEN (September 2024): Gender Alert: Gaza: A War on Women's Health

UN WOMEN (May 2024): Gender Alert: The Gendered Impact of the Crisis in Gaza

UN WOMEN (May 2024): Scarcity and Fear: A Gender
Analysis of the Impact of the War in Gaza on Vital
Services Essential to Women's and Girls' Health,
Safety, and Dignity – Water, Sanitation, and Hygiene
(WASH)

UN (17.7.2025): <u>Gaza: UN expert denounces genocidal</u> <u>violence against women and girls</u>

Health Care Workers Watch (o.J.): <u>The Killing, Detention</u> and Torture of Healthcare Workers in Gaza

Das Feldkrankenhaus in Rafah

In Gaza ist die medizinische Infrastruktur weitgehend zerstört. Das Feldkrankenhaus des Roten Kreuzes in Rafah gehört zu den letzten funktionsfähigen Einrichtungen und versorgt täglich hunderte Menschen unter extremen Bedingungen.

15 Monate im Überblick - Von Mai 2024 bis Juli 2025:

- 130.978 Sprechstunden, 7.373 Operationen, 566 Entbindungen
- 3.299 stationäre Aufnahmen, 3.784 Bluttransfusionen, 10.001 Physiotherapien
- 36 % Kinder, 43 % Frauen
- Über 2.000 psychologische Einzelgespräche

Massenverletzte und Verteilzentren: Seit Juni 2025 stieg die Zahl der "Mass Casualty Incidents" (MCIs) stark an, oft nach Angriffen in der Nähe von Lebensmittelverteilzentren. Menschen, die Nahrung für ihre Familien holen wollten, wurden verletzt. Allein im Sommer 2025 dokumentierte das IKRK über 2.200 Verletzte und hunderte Tote. Für das Personal bedeutet dies Arbeit weit über Kapazität, oft mit improvisierten Mitteln, während Routineaufgaben wie Geburten kaum bewältigt werden können.

Gefährdete Gesundheit von Frauen: Fast die Hälfte der Patient*innen sind Frauen. Viele suchen geburtshilfliche Hilfe unter extrem unsicheren Bedingungen. Frauen tragen eine doppelte Last: Sie sind selbst Opfer von Gewalt und Mangelversorgung und zugleich Hauptverantwortliche für ihre Kinder. Verletzungen, Unterernährung und psychische Traumata wirken sich besonders stark auf sie aus.

Menschenrechte und Frieden: Das Feldkrankenhaus verkörpert medizinische Neutralität. Angriffe auf medizinische Einrichtungen zeigen jedoch systematische Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und das Recht auf Leben.

Internationale Organisationen fordern:

- sofortigen Waffenstillstand
- sicheren Zugang zu humanitärer Hilfe
- Schutz medizinischer Einrichtungen und Mitarbeitender

(AL)

Angelique Lung war als Einsatzmitarbeiterin des IKRK bereits zweimal vor Ort im Feldkrankenhaus tätiq.

International Committee of the Red Cross (23.9.2025):

Mirjana Spoljaric, ICRC President, spoke to the BBC in
New York ahead of #UNGA80 about the urgent need
for a ceasefire in Gaza, and... (Facebook, Video)

IKRK (26.8.2025): <u>Update aus dem Feldlazarett des Roten</u>
<u>Kreuzes in Rafah: Kurzbericht über 15 Monate</u>
<u>Einsatz</u>

IKRK (5.7.2025): "I want to heal and go home": Red Cross Field Hospital in Gaza grapples with unprecedented wave of mass casualty incidents

Médicins sans Frontieres (MSF) (17.9.2025): <u>Gaza:</u>
<u>Leaders of major aid groups call on world leaders to intervene following UN genocide conclusion</u>

Genderdimensionen des Hungers in Gaza

Ein Bericht der *Women's Refugees Commission* von September 2025 adressiert die geschlechterspezifischen Folgen von

Nahrungsunsicherheit und Hunger im Gazastreifen. Der Bericht stützt sich auf sekundäre Daten aus UN- und anderen Dokumenten, Interviews mit humanitären Helfer*innen sowie mit betroffenen Frauen. Ein Zitat aus einem der Interviews wird für den Titel der Studie verwendet: "Ich hungere lieber selbst, sodass meine Kinder etwas zu essen haben". Diese Selbstrationierung der Mütter zeugt von ihrem Verantwortungsgefühl für das Wohlsein und Überleben ihrer Kinder, schwächt aber die Mütter.

Wenn keine männlichen Familienmitglieder da sind, müssen sich Frauen um Lebensmittel kümmern. Diese erfahren aber an den Verteilungszentren Diskriminierung, Belästigung, Gewalt oder gar Schüsse, sodass sie oft mit leeren Händen zurückkehren. Essen ist absurd teuer geworden, so kostet ein Kino Mehl an die 22 Dollar, und nur wenige haben noch genug Geld, um Essen zu kaufen und müssen sich essen von den Verteilungszentren holen.

Als Folge der Militarisierung des Zugangs zu und der Verteilung von Nahrungsmitteln erfahren Frauen und Mädchen massive Mangelernährung, Blutarmut und Hunger.

Für jugendliche Mädchen wird das Überleben besonders prekär, da Schulen als "safe spaces" nicht mehr existieren und sie Gefahr laufen zwangsverheiratet zu werden, um ihren Geschwistern mehr Essen zukommen zu lassen. Besonders verletzlich sind auch Witwen, Schwangere, ältere, kranke und Frauen mit Behinderungen, wenn niemand da ist, um sie zu unterstützen.

Depressionen und Selbstmordgedanken sind die psychischen Folgen der ständigen Bedrohung, der Flucht, des ungeschützten Unterkommens in Zelten. Die Kombination von Verlust, Trauer, Hunger und Mutterschaft führt an die Grenzen des Erträglichen.

Allerdings zeigen viele Frauen trotz der körperlichen Schwächung und der ständigen Bedrohung durch die militärischen Einsätze eine bemerkenswerte Resilienz und einen starken Überlebenswillen.

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, dass Israels Unterdrückung von professioneller humanitärer Hilfe, den vielen Toten und den häufigen Vertreibungen die schon vorhandene Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vergrößert hat und zu einem psychologischen Kollaps von Frauen und Mädchen führt.

Dieser lesenswerte Bericht ist detailreich und gerade durch die Zeugnisse der direkt Betroffenen sehr informativ. (BH)

Women's Refugee Commission (19.9.2025) <u>"I Starve</u>

<u>Myself so My Children Can Eat": The Gendered</u>

<u>Impacts of Food Insecurity and Famine in Gaza</u>

Proteste gegen den Krieg in Israel und Palästina

Israel: Angehörige kämpfen für die Freilassung der Geiseln

In Israel haben Angehörige in den vergangenen zwei Jahren nicht nachgelassen, durch Mobilisierung öffentlichen Druck für einen Waffenstillstand und Deals zur Freilassung der am 7. Oktober 2023 von der Hamas und anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen nach Gaza verschleppten Menschen zu fordern.

Es gab immer wieder riesige Kundgebungen; zuletzt im August 2025 vor dem angekündigten Angriff auf Gaza-Stadt. Aufgrund des von den Angehörigen erzeugten Drucks wurde die israelische Regierung zu Verhandlungen gezwungen und erreichte die Freilassung eines größeren Teils der Geiseln.

Fast zwei Jahre nach dem schrecklichen Angriff vom 7. Oktober 2023 sind jedoch auch viele nicht mehr am Leben. Aktuell dürften noch immer etwa 20 Männer gefangen gehalten werden; sie schweben in Lebensgefahr. "Körperliche und psychische Folter und Misshandlung, Isolationshaft und Mangelernährung sowie entmenschlichende Demütigungen und Zurschaustellung auf Social Media: Seit fast zwei Jahren werden die Geiseln, die von der Hamas und anderen palästinensischen Gruppen verschleppt wurden, unter unmenschlichen Bedingungen im Gazastreifen festgehalten. Sie müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden." Das fordert Amnesty International gemeinsam mit den Angehörigen – zwei Jahre nach ihrer Entführung durch die Hamas am 7. Oktober 2023 erneut. (CT)

Amnesty International (2.12.2024): ISRAEL/OPT:

AMNESTY INTERNATIONAL'S RESEARCH INTO
HAMASLED ATTACKS OF 7 OCTOBER 2023 AND
TREATMENT OF HOSTAGES

Amnesty International (30.9.2025): <u>Israel/Gaza: Hamas</u> <u>und andere bewaffnete Gruppen müssen Geiseln</u>

sofort freilassen!

Koalition israelischer Frauen und Mütter gegen den Krieg

In ihrem Artikel "Israelische Mütter sagen, Frauen müssten den Krieg beenden und beziehen an der Grenze zum Gazastreifen Stellung" schreibt Diana Kraft über die entscheidende Rolle von Frauen und Mütter zur Beendigung von Kriegen. Ihre Proteste und ihr Engagement könnten den Verlauf des Krieges beeinflussen, wie es bereits in der Vergangenheit bei der israelischen Rückzugsentscheidung aus dem Libanon im Jahr 2000 der Fall war.

Der aktuelle Krieg ist in Israel äußerst unpopulär, was sich in einer wachsenden Protestbewegung zeigt. Dies stellt eine Abkehr von der traditionellen Unterstützung für sogenannte "Kriege der Notwendigkeit" dar. Die humanitäre Katastrophe in Gaza, einschließlich Hunger und Zerstörung, verstärkt die Proteste und die Forderungen nach einem Ende des Krieges, Frauen sind dabei an vorderster Front.

Die physische und mentale Erschöpfung der Soldat*innen und Reservist*innen ist ein wachsendes Problem, das von Familien und sogar von Armeefunktionären anerkannt wird. Klare Kriegsziele und eine klare Definition des Endziels des Krieges fehlen, was die Unsicherheit und die Kritik an der Regierung verstärkt.

Die Proteste richten sich daher auch gegen die Versuche der rechtsgerichteten Regierung, abweichende Meinungen zu unterdrücken, und gegen die Wahrnehmung, dass der Krieg eher politischen Interessen als dem Schutz des Staates dient. (GEJ)

Kraft, Dina (13.8.2025): <u>Saying women must end war,</u> Israeli mothers 'take a stand' on Gaza border

Kanada: Women in Black

Alex Rose berichtet von der "Women In Black"—Bewegung in Toronto über deren Proteste gegen Israels Vorgehen in Gaza. "Es gibt hier viele jüdische Frauen, und wir haben ein aufgestautes Bedürfnis, unserem Entsetzen über das, was passiert, Ausdruck zu verleihen."

Das Dokument berichtet über eine Protestveranstaltung von *Women in Black* in Toronto, die sich gegen die Aktionen Israels im Gazastreifen richtet und die Meinungen von Teilnehmerinnen insbesondere von jüdischen Frauen zu diesem Thema beleuchtet.

Der Protest von Women in Black beeinflusst die öffentliche Meinung in mehrfacher Hinsicht: Er bietet besonders jüdischen Frauen eine Plattform, um sich gegen die Aktionen Israels in Gaza auszusprechen, ohne sich innerhalt ihrer Gemeinschaft isoliert zu fühlen.

Dies könnte ein Beitrag dazu sein, die Diskussion über Israels Politik offener zu gestalten und die 'Silencing-Kultur' zu durchbrechen. Durch die Demonstrationen wird auch die Verbindung zwischen Zionismus und Judentum hinterfragt. Rosie Taylor, eine der Teilnehmerinnen sieht ihre Solidarität mit den Palästinenserinnen als Beitrag, den Antisemitismus zu reduzieren.

Darüber hinaus üben die Proteste Druck auf die kanadische Regierung aus, ihre Unterstützung für Israel zu überdenken, insbesondere auch die Waffenlieferungen. Die zunehmende Zahl der Demonstrationen in Toronto und anderen kanadischen Städten signalisieren die öffentliche Ablehnung der aktuellen israelischen Politik. Langfristig könnte dies die internationale Wahrnehmung Israels beeinflussen. (GEJ)

Rose, Alex (13.8.2025): Women in Black take their protest over Israel's actions in Gaza to the streets

Nachtrag: "Women in Black" Austria veranstaltet immer wieder Mahnwachen zum Völkermord in Gaza (in Wien samstags nachmittags am Graben, Ecke Kohlmarkt).

In Gaza: Proteste gegen den Krieg – und gegen die Hamas

In einem *Amnesty International*-Bericht (2025) wird über Menschenrechtsverletzungen durch die von Hamas kontrollierten Sicherheitsdienste in Gaza im Frühjahr 2025 informiert.

Auslöser waren mehrere Protestwellen in Beit Lahia, Jabalia, Shuja'iya und Khan Younis, bei denen Palästinenser*innen sowohl Israels anhaltende militärische Angriffe und Zwangsvertreibungen als auch das Versagen der de-facto-Behörden, die Zivilbevölkerung in Gaza zu schützen, kritisierten.

Zentrale Feststellungen im ai-Bericht sind die systematische Einschüchterung sowie Gewalt: Hamas-Sicherheitskräfte gingen mit Drohungen, Verhören und Schlägen gegen Demonstrierende vor. Betroffene wurden teils ohne offizielle Ladung in improvisierte Hafteinrichtungen gebracht, dort mit Stöcken geschlagen, mit Schusswaffen bedroht und als "Verräter" oder "Kollaborateure" diffamiert. Familienangehörige erhielten Drohungen, um künftige Proteste zu unterbinden. Betroffen sind hauptsächlich junge Männer, aber auch Frauen.

Amnesty International forderte: "Sicherheitsdienste der Hamas müssen ihre Vergeltungsmaßnahmen gegen Demonstranten einstellen und die Versammlungsfreiheit im Gazastreifen respektieren. Die Behörden im besetzten Gazastreifen müssen das Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung respektieren und die anhaltende Unterdrückung von Demonstranten einstellen".

Hintergrund sind Israels anhaltende militärische Operationen, massive Zerstörung ziviler Infrastruktur und eine extrem eingeschränkte Versorgungslage nach Blockaden und Belagerungen.

Amnesty bezeichnet die Folgen für die Bevölkerung als katastrophal und spricht von Bedingungen, die auf kollektive Bestrafung und physische Vernichtung der Zivilbevölkerung hinauslaufen. (GEJ)

Amnesty International (28.5.2025): Palestine: Hamas
security services must stop targeting protesters in
reprisal and respect freedom of peaceful assembly in
Gaza

Österreich: Politische Positionierung und Entwicklungszusammenarbeit

Neuerlich auf der falschen Seite der Geschichte?

Diese Frage stellt der exilierte israelische Historiker Ilan Pappé in Anbetracht der Blockadehaltung Deutschlands (ebenso Österreichs) in Bezug auf ein gemeinsames Vorgehen und mögliche Sanktionen gegen Israel in Anbetracht der hohen Zahl ziviler Opfer im Krieg gegen die Hamas und der weitestgehenden Zerstörung der Infrastruktur im palästinensischen Gaza-Streifen in den Raum.

Österreich tritt für eine Zweistaatenlösung auf Basis des Völkerrechts und einer "starken und effizienten Palästinensischen Autonomiebehörde" ein, so das BMEIA in einer Aussendung anlässlich eines Besuchs von Außenministerin Beate Meinl-Reisinger in Ramallah vom 1.7.2025. Jedoch legt(e) Österreich sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene eine Blockadehaltung ein, sobald es um mehr als eine verbale Verurteilung des Kriegs und der schweren Menschenrechtsverletzungen geht.

Österreich hat auch bislang Palästina (mit den Gebieten Westjordanland, Ost-Jerusalem und Gaza-Streifen) nicht als eigenen Staat anerkannt, anders als inzwischen zwei Drittel aller Staaten weltweit.

In Anbetracht der immer dramatischeren Lage in Gaza wandten sich im Juli 2025 58 ehemalige EU-Diplomat*innen an die EU und die europäischen Regierungen und riefen in einem offenen Brief dazu auf, "sofortige und effektive Maßnahmen gegen Israels rechtswidrige Aktionen in Gaza und dem Westjordanland" zu setzen.

Ende August forderte dann eine Reihe prominente österreichische Diplomat*innen die österreichische Regierung dazu auf, eine Aussetzung des EU-Israel-Abkommens "ernsthaft voranzutreiben" – eine Forderung, die Meinl-Reisinger zurückwies (Der Standard, 28.8.2025).

Inzwischen hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula Van der Leyen einen Kurswechsel vollzogen und hat dem EU-Rat einen Vorschlag zur teilweisen Aussetzung von handelsbezogenen Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel und Vorschläge für Sanktionen gegen die Hamas sowie gegen extremistische israelische Minister und gewalttätige Siedler vorgelegt (die aktuell – Stand Ende September 2025 – jedoch noch nicht beschlossen sind).

Ein Aussetzen dieses Abkommens könne den Druck auf die israelische Regierung erhöhen, ihre Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das Völkerrecht zu beenden, meint Max Hollweg von attac.

"Halbherzige Überprüfungen und symbolische Schritte reichen nicht. Wenn die EU ihre eigenen Prinzipien ernst nimmt, muss sie ihre wirtschaftliche Macht nutzen, um das Völkerrecht durchzusetzen".

Attac fordert zudem ein EU-weites Waffenund Technologieembargo gegen Israel und den "Stopp aller Handels- und Forschungskooperationen, die zur Aufrechterhaltung der illegalen Besatzung und des Apartheidregimes in den besetzten Gebieten beitragen".

"Den Verbrechen auf beiden Seiten kann nur mit dem Beharren auf völkerrechtlichen Grundsätzen und universellem Humanismus begegnet werden. Niemals dürfen Menschen kollektiv für die Verbrechen anderer bestraft werden. Jedes Menschenleben zählt gleich viel. Kein Verbrechen rechtfertigt das andere."

Die "Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF) Österreich übergab bei einer Protestaktion ("Rettet die Kinder von Gaza") anlässlich des jährlichen Treffens der österreichischen Botschafter*innen (und dem Schulstart) in Wien am 1.9.2025 einen Forderungskatalog mit sehr konkreten Maßnahmen, den auch WIDE unterstützt.

Sie appellierte an die Verantwortlichen, sich entschlossen für einen sofortigen Waffenstillstand und umfassende humanitäre Hilfe in Gaza einzusetzen.

"Die Diplomatie darf nicht schweigen, wenn Kinder sterben. Menschen in Gaza brauchen Schutz, Nahrung, Wasser und Medikamente. Sie brauchen eine sofortige Waffenruhe", so Rosa Logar von WILPF Austria bei der Kundgebung.

Besonders fordern die (Frauen-)Organisationen die sofortige Umsetzung der UN-Resolution vom 12. Juni 2025, die einen bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand fordert; ebenso die würdige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die von der Hamas (und anderen Gruppen) festgehalten werden. (CT)

Attac (17.9.2025): <u>EU-Israel-Abkommen: Attac begrüßt</u> <u>EU-Vorschlag zur Aussetzung</u>

BMEIA (1.7.2025): <u>Außenministerin Meinl-Reisinger in</u>
<u>Ramallah: Für eine Zweistaatenlösung ohne Rolle der</u>
<u>Terrororganisation Hamas</u>

DerStandard (28.8.2025): Offener Brief - Absage an Diplomaten-Forderung: Meinl-Reisinger weiterhin gegen Israel-Sanktionen

etos.media (8.7.2025) <u>History Will Not Forgive: Ilan</u>

<u>Pappé on Gaza, the End of Zionism, and the West's</u>

<u>Complicity</u>

Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland (17.9.2025): <u>EU-Kommission schlägt Aussetzung von Handelszugeständnissen mit Israel und Sanktionen gegen extremistische Minister und gewalttätige Siedler vor</u>

Politico (Juli 2025): <u>Open Letter by 58 former European</u> <u>Union ambassadors calling for immediate and</u> <u>effective measures against Israel's unlawful actions</u> in Gaza and the West Bank

WILPF Austria (1.9.2025): <u>Frauenorganisationen</u> <u>appellieren an Außenministerin Meinl-Reisinger und</u> <u>die BotschafterInnen: "Rettet Kinder in GAZA vor</u> <u>Hunger und Tod!"</u>

WILPF Austria (1.9.2025): Worte UND Taten für Kinder/Frauen/Menschenrechte in Palästina

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Palästina

Kurz nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 hat Österreich – wie auch die EU – kurzfristig sämtliche Zahlungen gestoppt, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die palästinensischen Gebiete vorgesehen waren – rund 18,8 Millionen Euro; der Großteil davon für Projekte, die über das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA – United Nations Relief and Works Agency) liefen; aber auch Projektpartner*innen wie CARE Österreich waren betroffen. CARE setzt aktuell (bis 2027) im Westjordanland ein Programm zur Förderung von inklusiven Kleinunternehmen mit Fokus auf Frauen* um.

Dem UN-Hilfswerk UNRWA wurde große Nähe zur Hamas vorgeworfen; diese Vorwürfe galt es rasch zu klären, ist die UNRWA doch die bedeutendste Hilfsorganisation im Gazastreifen.

Der UN-Generalsekretär beauftragte im Februar 2024 die ehemalige französischen Außenministerin und französische Diplomatin Catherine Colonna mit der Leitung einer Expert*innengruppe zur "Unabhängigen Überprüfung der Mechanismen und Verfahren zur Gewährleistung der Einhaltung des humanitären Grundsatzes der Neutralität durch die UNRWA".

In dem Abschlussbericht der Überprüfung im April 2024 wird festgehalten, dass die UNRWA "robuste" Mechanismen zur Wahrung des Neutralitätsgrundsatzes etabliert habe, es gebe allerdings noch Verbesserungsbedarf. Nach dem Bericht setzten alle Länder außer die USA die Zusammenarbeit mit der UNRWA in Gaza fort, jedoch blockiert Israel seit März 2025 UNRWA-Hilfslieferungen nach Gaza.

Robin Moore, politischer Berater der Schweizer Mission zur OSZE (der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) erklärte in einem Artikel die Gründe für die schwierige Position des Hilfswerks: "Einerseits ist es dem Schutz und der Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge verpflichtet, andererseits muss es im Israel-Palästina-Konflikt neutral bleiben. Diese Gratwanderung zwischen zwei Welten war schon immer eine große Herausforderung."

Katja Kallas, EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission, hob bei ihrer Rede im aktuellen Treffen des UN-Sicherheitsrats (23. September 2025) hervor, dass die EU die größte Finanzierungsgeberin der humanitären Hilfe für die Palästinenser und Palästinenserinnen ist und in den nächsten drei Jahren 1,6 Mrd. EUR zum Wiederaufbau und zur Förderung der Widerstandsfähigkeit Palästinas aufbringen wird.

Der Leiter der Vertretung Österreichs in Ramallah (Palästina), Marian Wrba, bestätigte auf Anfrage von WIDE am 28. August 2025, dass auch vormals durch die OEZA geförderten Initiativen in Gaza von Zerstörung betroffen seien. Die aktuelle Situation verunmögliche es jedoch, detaillierte Informationen zu den Auswirkungen des Konflikts auf einzelne Projektaktivitäten zu erfassen – das werde sich erst nach Ende der Kriegshandlungen zeigen.

Eine vormals mit österreichischer Unterstützung finanzierte Meerwasserentsalzungsanlage sei laut der palästinensischen Wasserbehörde (*Palestinian Water Authority*) teilweise zerstört und derzeit funktionsunfähig.

Weiters informierte Botschafter Wrba, dass österreichische Hilfsorganisationen momentan keinen Zugang zu Gaza haben (einige internationale Organisationen jedoch schon). Aktuelle Updates zur humanitären Situation in Gaza werden von OCHA, dem UN-Büro zur Koordinierung humanitärer Hilfe, wöchentlich veröffentlicht (siehe etwa Update vom 21.8.2025 oder ReliefWeb).

Auf diplomatischer Ebene setze sich Österreich für einen sofortigen Waffenstillstand, einschließlich der Freilassung aller Geiseln sowie eine Verbesserung der humanitären Situation ein.

In der Länderinformation "Palästinensische Gebiete" des Bundesministeriums für Europäische und Internationale Angelegenheiten und der Austrian Development Agency (April 2025) findet sich Österreichs bestehendes Commitment, "zur Zweistaatenlösung beizutragen und so den Nahost-Friedensprozess zu fördern", abgebildet.

Als Orientierung für die Entwicklungspolitik wird der "Palestinian Government Plan 2024–2029" erwähnt, der die Schwerpunkte "gute Regierungsführung", "soziale Angelegenheiten und Wirtschaft" setzt.

"Innerhalb dieser Bereiche liegt der Fokus (Anmerkung: der österreichischen Entwicklungshilfeleistungen/ODA) auf Jugendlichen und Frauen, insbesondere bei der Berufsbildung. Beide Gruppen sollen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt und an der Produktion teilnehmen können. Die Verknüpfung der Themen Wasser und Energie ist für eine nachhaltige und kosteneffiziente Versorgung wichtig. Das übergeordnete Ziel ist es, eine umfassende Unabhängigkeit und eine eigenständige palästinensische Produktion zu fördern." (JW)

CARE (o.D.): <u>Starthilfe für Unternehmen.</u>
<u>Zukunftsperspektiven im Westjordanland schaffen</u>

UNRWA (20.4.2024): Final Report for the United Nations
Secretary-General: Independent Review of
Mechanisms and Procedures to Ensure Adherence by
UNRWA to the Humanitarian Principle of Neutrality

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (19.3.2024): <u>UNRWA – Zwischen zwei Welten</u>

EEAS (23.9.2025): Statement by High Representative /
Vice-President Kaja Kallas on the Situation in the
Middle East, including the Palestinian Question –
United Nations Security Council, 10003rd meeting

BMEIA & ADA (März 2025): Palästinensische Gebiete. <u>Länderinformation</u>

Was wurde aus den Gender-Studies an der Islamischen Universität Gaza?

Palästina hat sich der Geschlechtergleichstellung verpflichtet: Unterzeichnung von CEDAW, Verabschiedung einer "Palestinan Women's Bill of Rights", nationale Gender-Strategien zur Geschlechtergleichstellung und zu Gewalt gegen Frauen, ein nationales Komitee für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden & Sicherheit, Gender-Units in den Ministerien und die Etablierung von 'genderresponsive Budgeting' geben davon Zeugnis.

Auf dieser Grundlage hatte die *Islamic University Gaza* (IUG) vor einigen Jahren eine Kooperation mit dem Institut für Soziologie an der Universität Graz angestrebt mit dem Ziel,

ein Zentrum für Frauen- und Genderstudien an der IUG zu errichten.

Verschiedene Aktivitäten im Rahmen eines 2017 bis 2020 umgesetzten Projekts (mit dem Kürzel "SHE-GE") gaben diesem Ziel Gestalt:

Für die Staff-Entwicklung wurde ein einjähriges Modul in Interdisziplinären Genderstudien entwickelt; weiters ein Master-Programm in Frauen- und Genderstudien; eine passende Bibliothek für englisch- und arabischsprachige Bibliothek wurde eingerichtet, und es gab eine Reform des Menschenrechtskurses durch größeren Fokus auf Frauenrechte.

Ein Programm für sogenannte "Mirror-MAs" verband Forscherinnen der Universität Gaza mit denen aus Graz. Die Kurse wurden online, teilweise über Video, gleichzeitig für IUG- und Graz-Studierende abgehalten.

Zudem halfen outreach-Aktivitäten zu anderen Bildungsinstitutionen in Gaza und der lokalen Bevölkerung, die Notwendigkeit einer gender lens für soziale Probleme bekannter zu machen. Leider konnte ein Nachfolgeprojekt wegen politischen und Sicherheitsproblemen nicht durchgeführt werden.

In Anbetracht der massiven Bombardements der Universitätsgebäude ist es sehr unwahrscheinlich, dass derzeit irgendein akademisches Leben weitergeht. Die Homepage der IUG öffnet mit einem Bild von fünf Studentinnen vor zerstörten Gebäuden und der Meldung "Our Ambition Rises Above All Destruction" und führt zur IUG-Kampagne "Together For Higher Education Resilience" und einem Spendenaufruf.

Was von dem SHE-GE Projekt noch übrig ist, konnte nicht eruiert werden. Es war ein ambitioniertes Projekt, an das eines Tages hoffentlich wieder angeknüpft werden kann. (BH)

Aboudagga, Sanaa u.a. (2022): Strengthening Higher Education Capacities in Palestine for Gender Equality. Juni 2017-November 2020. In: Obrecht, Andreas J. (Hg.) (2022): APPEAR II. New pathways towards participative knowledge production through transnational and transcultural academic cooperation (S. 39-49)

The Islamic University of Gaza (o.J.): <u>Together for Higher</u> <u>Education Resilience</u> [25.9.2025]

Ausblick – Visionen für eine gemeinsame Zukunft

"Trotz Gewalt und Unrecht den Frieden suchen": Sumaya Farhat-Naser

"Die Situation in Palästina und Israel ist katastrophal und bedrohlich wie nie zuvor. Eine unfassbare Zahl an menschlichen Opfern, die Zerstörung der Häuser und der Infrastruktur beraubt die Lebensgrundlage und führt zur Vertreibung. Wie schaffen es Menschen, zu überleben, bei so viel Gewalt, Angst und Perspektivlosigkeit?"

Diese Frage stellt sich die mehrfach ausgezeichnete Friedenspädagogin und Autorin Sumaya Farhat-Naser, die sich seit Jahrzehnten gewaltfrei und dialogisch für einen gerechten Frieden einsetzt.

Sumaya Farhat-Naser wurde 1948 in Palästina, Birzeit bei Ramallah geboren. Sie hat Biologie, Geographie und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg studiert und war ab 1982 Dozentin für Botanik und Ökologie an der Universität Birzeit in Palästina. Sie ist Mitbegründerin und Mitglied zahlreicher Organisationen, unter anderem von Women Waging Peace an der Harvard-Universität und von Global Fund for Women in San Francisco.

Farhat-Nasers Friedens- und Versöhnungsarbeit umfasst die Gründung von Begegnungsund Bildungsprojekte, insbesondere für Frauen und Jugendliche, um Ängste, Hass und Perspektivlosigkeit abzubauen. Gewaltfreie Kommunikation, interkulturelle Dialoge und gemeinsame Projekte mit israelischen Partner*innen stehen im Zentrum ihrer Arbeit.

In einem Vortrag in Sirnach (Schweiz) im Mai dieses Jahres berichtete sie unter anderem über die durch militärische Aktionen herbeigeführten massiven Zerstörungen, Blockaden und Vertreibungen in Gaza und zunehmender Repression in der Westbank.

Die Zivilgesellschaft leidet unter wirtschaftlicher Isolation (Blockade von Geldflüssen, Arbeitslosigkeit, eingeschränkte Mobilität, systematische Landnahme durch Siedler); die Palästinensische Autonomiebehörde in der Westbank wird als politisch gelähmt und korrupt beschrieben.

Farhat-Naser fordert die internationale Öffentlichkeit auf, Menschenrechtsverletzungen zu benennen und freie Meinungsäußerung zu schützen.

Sie betont die Notwendigkeit eines langfristigen, gerechten Friedens und einer Kultur der Verständigung. Aus ihrer Sicht gibt es keine andere Lösung, als ein Zusammenleben in Frieden endlich aufzubauen.

Als Vorbild und als Signal an die Öffentlichkeit sollte sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden!

Am 9.10.2025 ist sie auf Einladung mehrerer Frauenrechtsorganisationen, darunter WIDE, in Wien zu Gast. (GEJ)

Dünki, Renate (o.J.): <u>Friedensbotschafterin aus Palästina</u>
<u>Sumaya Farhat-Naser in der Schweiz</u>

WIDE (September 2025): <u>"Trotz Gewalt und Unrecht den</u> <u>Frieden suchen". Vortrag und Gespräch mit Sumaya</u> <u>Farhat-Naser, 9.10.2025</u>

Visionen für eine gemeinsame Lösung für Israel und Palästina

Angesichts des genozidalen Vorgehens Israels im Gazastreifen und der Siedlergewalt im Westjordanland rückt die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts erneut in den Fokus.

Anfang September verabschiedete die UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit einen Vorschlag für eine Zweistaatenlösung – auch Österreich stimmte zu.

Zentralen Fragen wie dem Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge oder dem Umgang mit illegalen Siedlungen wird in der Erklärung jedoch nur allgemein mit Verweisen auf internationale Abkommen begegnet.

So wird etwa auf UN-Resolutionen und das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 19. Juli 2024 verwiesen, das Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten und zur Räumung aller Siedlungen auffordert.

Konkrete Lösungswege bleiben offen – auch beim Rückkehrrecht wird lediglich auf die UN-Resolution 194 verwiesen, die eine Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge "zum frühestmöglichen Zeitpunkt" vorsieht.

Eine andere Vision für die Zukunft von Israel und Palästina präsentiert die israelischpalästinensische Plattform "A Land for All": Two states. One homeland.

Diese Vision sieht eine Konföderation als Friedensmodell vor, das auf zwei souveränen Staaten basiert, jedoch mit offenen Grenzen, gleichberechtigtem Zugang und intensiver Kooperation durch Bildung gemeinsamer Institutionen, die für gemeinsam zu entscheidende Themen wie Umwelt oder Sicherheit zuständig sind und in der beide Staaten gleichberechtigt vertreten sind.

Die Grenzen sollen sich an der Linie von 1967 orientieren, jedoch im gegenseitigen Einvernehmen angepasst werden können und sie sollen für alle Bürger*innen offen sein.

Ziel ist nicht Trennung, sondern Partnerschaft und gegenseitige Anerkennung. Sie stellt aber auch klar, dass die Lösung des Konflikts die "Frage von 1948" und damit die Vertreibung der Palästinenser*innen nicht ignorieren kann.

Palästinensische Flüchtlinge sollen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat erhalten, allerdings nicht zwingend in den israelischen Staat, sondern ins historische Palästina. Nach Erhalt der palästinensischen Staatsbürgerschaft könnten sie sich frei in Israel und Palästina bewegen.

Gleichzeitig wird das jüdische Rückkehrrecht (Einwanderungsrecht nach Israel) nicht infrage gestellt.

Rückgabe oder Entschädigung für verloren gegangenes Eigentum ist vorgesehen.

Sowohl die Rückkehr der Flüchtlinge als auch die Ansiedelung israelischer Staatsbürger*innen in Palästina sollen einvernehmlich und schrittweise erfolgen, um die jeweilige Seite nicht zu überfordern.

Jüdische Siedlungen im Westjordanland werden aufgelöst, nicht aber die Wohnorte selbst, die unter palästinensischer Souveränität stehen werden. Israel*innen dürfen künftig im Staat Palästina leben, sofern sie dessen Gesetze respektieren. Diese Bewohner*innen werden kommunale Rechte erhalten, bleiben jedoch israelische Staatsbürger*innen.

Jerusalem soll ungeteilt bleiben und zur gemeinsamen Hauptstadt beider Staaten werden – mit einer gemeinsamen oder koordinierenden Stadtverwaltung. Heilige Stätten bleiben für alle Religionen zugänglich.

Sicherheit: Beide Staaten übernehmen volle Verantwortung auf ihrem Gebiet, kooperieren jedoch eng in Sicherheitsfragen, Grenzkontrollen und Nachrichtendiensten. Eine gemeinsame Verteidigung gegen äußere Bedrohungen wird angestrebt. Palästinenser*innen in Israel: Die palästinensische Minderheit in Israel soll gleichberechtigt behandelt werden. Diskriminierende Gesetze werden aufgehoben, kulturelle Autonomie und faire Ressourcenverteilung eingeführt.

Gaza wird fester Teil des palästinensischen Staates. Es darf keine von Ramallah unabhängige Regierung oder bewaffnete Milizen geben. Auch hier wird auf Partnerschaft und Integration mit Israel gesetzt.

Insgesamt zielt der Plan darauf ab, aus einer Geschichte von Gewalt und Trennung ein Modell der Koexistenz, Gleichberechtigung und gemeinsamen Zukunft nach dem Vorbild der EU zu entwickeln.

Der Plan geht auch jene Problemstellungen (die Frage der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die jüdischen Siedlungen) mit konkreten Lösungsvorschlägen an, die im aktuellen Vorschlag der UN-Generalversammlung nur mit Verweisen auf Resolutionen genannt werden.

Die Vision beruht auf einer gegenseitigen Anerkennung des Leidens beider Völker sowie deren Verbundenheit mit dem Land zwischen Jordan und dem Mittelmeer – beides wesentliche Voraussetzungen für eine Aussöhnung. (MS)

A Land for All (o.J.): <u>A Land for All: Two States. One</u> <u>Homeland</u> [18.9.25]

UN Human Rights Council (16.9.2025): Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide [18.9.25]

UN General Assembly (4.8.2025): New York Declaration on the Peaceful Settlement of Question of Palestine and the Implementation of the Two-State solution [18.9.25]

UN (1948): <u>UN-SRR 194</u> [23.9.25]

Zum Weiterlesen:

Erakat, Noura & Hammouri, Shahd (6.8.2025): The Statehood Trap [18.9.25]

Akram, Susan M. (15.8.2025): <u>The New York Declaration</u> on the Two-State Solution: <u>More Empty Promises?</u>
[18.9.25]

Böhmer, Daniel-Dylan (13.9.25): <u>Deutschland stimmt</u>
<u>Erklärung über Zwei-Staaten-Lösung und</u>
<u>Rückkehrrecht für Palästinenser zu</u> [18.9.25]

Scheindlin, Dahlia (27.1.25): <u>Two States, Together: An Alternative Vision for Palestinians and Israelis</u>
[18.9.25]

Glossar / Abkürzungen

GBV - Gender-based violence - geschlechtsspezifische Gewalt

Genozid – Völkermord

ICC – International Criminal Court / IStGH – Internationaler Strafgerichtshof (zuständig für die Strafverfolgung von Personen bei schweren Menschenrechtsverbrechen)

ICJ – International Court of Justice / IGH – Internationaler Gerichtshof (ein UN-Organ, zuständig für zwischenstaatliche Rechtsstreitigkeiten)

ICRC – International Committee of the Red Cross / IKRK – Internationales Komitee vom Roten Kreuz (internationale Hilfsorganisation)

IDF – Israel Defense Forces / Israelische Verteidigungskräfte (Armee)

IUG – Islamic University Gaza / Islamische Universität Gaza

MCI – Mass Casualty Incidents / Ereignisse mit einer großen Zahl von Verletzten

OCHA - Office for the Coordination of Humanitarian Affairs / UN-Büro zur Koordinierung humanitärer Hilfe

SEA – Sexual Exploitation and Abuse / Sexuelle Ausbeutung und Gewalt (wörtlich: "abuse" – Missbrauch)

UNFPA –United Nations Population Fund / UN-Bevölkerungsfonds (mit Schwerpunkt auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte)

UNRWA - United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East / UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

WASH - Water, Sanitation, and Hygiene / Wasser, Sanitärversorgung/Toiletten und Hygiene

Gendergerechte Schreibweise

WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.

Im WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:

a) für einen gender-inklusiven Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. "Freund*innen"), und

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau*/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (++43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

Mitarbeit: Gertrude Eigelsreiter-Jashari (GEJ), Brigitte Holzner (BH), Aleksandra Kolodziejczyk (AK), Angélique Lung (AL), Magda Seewald (MS), Kiara Leanne Titze (KT) und Janine Wurzer (JW)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 3/2025, Gaza: Frauen*rechte / Menschenrechte unter Beschuss, Oktober 2025 Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Gefördert durch die